Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.20 Mk., monatlich 3.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntag und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Ausfall kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 104 — Freitag, den 7. Mai 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Aus einer Reihe großer deutscher Städte wird der Ausbruch des Bankbeamtenstreiks gemeldet; in Börsenkreisen rechnet man mit einer weiteren Ausdehnung der Bewegung.

*

Wie berichtet wird, würde die deutsche Abordnung nach Spa auch eine Anzahl finanzverständiger Mitglieder umfassen, und unter diesen Sachverständigen werde Dernburg sein.

*

Die Reichsschulkonferenz ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 11. bis 19. Juni festgesetzt worden.

*

Der Botschafterrat hat beschlossen, die Verhandlung über die schleswigsche Frage bis nach der Ankunft des Kopenhagener französischen Gesandten in Paris zu vertagen.

Warnende Zeichen!

N. Aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben: Syndikalistische Binnenschiffer stehen, obwohl der für sie zuständige Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, im Streik und verhindern auf der Elbe die Zufuhr von Lebensmitteln für die Städte. Etwa 10 000 Zentner Kartoffeln, die das Wirtschaftsministerium mit erheblichen Kosten und Schwierigkeiten aus Dänemark für Sachsen erstanden hat, werden von den Schiffern in Riesa festgehalten und die Regierung ist deshalb gezwungen, sie dort auszuladen und mit der Eisenbahn nach Dresden zu befördern. Dadurch werden die sowieso unerschwinglich teuren Kartoffeln um weitere gehnmal zehn Mark verteuert. Außerdem muß infolgedessen der schwierigen Bahnlage die städtische Bevölkerung 10—14 Tage länger auf die so notwendigen Kartoffeln warten, und die für andere Zwecke dringend benötigten Eisenbahnzüge müssen Kartoffeln fahren, die zu Schiff in weniger als einem Tage nach Dresden geschafft werden könnten. In allem anderen liegt die Gefahr vor, daß durch all dies Hunderte von Zentnern verderben. Zwei weitere Kähne mit 10 000 Zentnern Kartoffeln sind von den Streikenden unterwegs angehalten worden und liegen irgendwo an unbekannter Stelle fest. Auch hier ist die Gefahr des Verderbens groß. Weil der Transportarbeiterverband diese Gefahr erkannt hat, hat er sich gegen den Streik erklärt.

Ein anderer Fall: Zwei große Fabriken Sachsens haben unter schweren Opfern endlich einige Kähne mit etwa 50 000 Zentnern böhmischer Braunkohle gekauft, die auf der Elbe von den Streikenden zurückgehalten werden. Bei noch mehr sinkendem Wasserstande können sie überhaupt nicht talwärts fahren und gehen dann der sächsischen Industrie verloren. Die Streikleitung will den Transport dieser Kohle als Notstandsarbeit nicht anerkennen. Zwar hat eine Versammlung der Streikenden beschlossen, in Anbetracht der großen Gefahr, die mit dem Verlust der Kohle dem sächsischen Wirtschaftsleben droht, die Kähne unter roter Flagge fahren zu lassen. Aber auch das ist nach Angabe des Dresdner Streikleiters Krebs durch die Zentralstreikleitung Berlin verhindert worden.

Ein dritter Fall: Die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Revier haben durch ihren Verband eine ab 1. Mai gültige Lohnordnung abgeschlossen, die den Arbeitern für eine siebenstündige Schicht (wobei Ein- und Ausfahrt mit inbegriffen ist) einen Mindestlohn von 45 bis 55 Mark sicherstellt. Daneben erhalten die Arbeiter für jedes Kind für den Arbeitstag 1 Mark Zulage, außerdem im Jahre 70 Ztr. Steinkohle zum Durchschnittspreis von 55 Pfg. den Zentner! Dazu kommen die in der Oeffentlichkeit bekannten Lebensmittelzulagen. Damit waren die Bergarbeiter einverstanden. Zwei Tage nach Abschluß dieses Vertrages unterbreiteten jedoch die Syndikalisten im Namen der Bergarbeiter neue höhere Forderungen. Danach soll die Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt nur 6 Stunden (die tatsächliche Arbeitszeit also nur 4½ Stunden), der Mindestlohn für einen 16jährigen Arbeiter 36 Mark, für einen 24jährigen 60 Mark und die Kinderzulage 5 Mark betragen, sodaß ein 24jähriger Arbeiter, der drei Kinder hat, 75 Mark täglich zu fordern hätte! Es ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen, daß solche Forderungen ohne völlige Zertrümmerung unseres Wirtschaftslebens bewilligt werden könnten.

Eine Wahlrede des Reichskanzlers.

Auf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei sprach gestern Reichskanzler Müller. Er führte aus: Eine Reihe von Parteigenossen hat auf die Fehler hingewiesen, die wir in den letzten 1½ Jahren gemacht haben sollen. Aber eines darf man doch nicht vergessen: nämlich die ungeheuer schwierige Situation, der die Regierung seit dem November 1918 gegenüberstand. (Sehr richtig!) Infolge dieser Situation standen wir manchmal vor der Wahl, von zwei Fehlern einen zu machen. Die Tatsachen waren eben stärker als wir. Wir dürfen aber auch nie vergessen, daß wir seit dem November 1918 Koalitionspolitik getrieben haben, erst mit den Unabhängigen, und dann mit dem Zentrum und den Demokraten. Die Ursache hierfür war der Ausfall der Wahlen. Hätte man die Wahlen vier Wochen nach der Revolution gemacht, dann hätten wir die sozialdemokratische Mehrheit gehabt. (Sehr richtig!) Koalitionspolitik treiben, ist nun einmal kein Vergnügen, wie überhaupt das Regieren jetzt kein Vergnügen ist. Das war früher einmal der Fall, als noch die Helfferich an der Krippe saßen. Auch das dürfen wir nicht vergessen — das kann nicht oft genug gesagt werden —, was wir unter dem Waffenstillstand haben erdulden müssen. Darauf müssen wir gerade jetzt vor den Tagen von Spa hinweisen, wo wir hoffen, daß endlich auch bei unseren früheren Feinden die Vernunft siegt, und wo wir hoffen, daß endlich nun auch eine Politik der Versöhnung und des Entgegenkommens getrieben wird. (Zuruf: Frankfurt am Main!)

Ich gebe trotz Frankfurt am Main die Hoffnung nicht auf, daß auch in Frankreich der Tag kommen wird, wo die Einsicht siegt.

(Zustimmung.) Der Tag ist noch nicht da, aber alle Völker des kontinentalen Europa haben sich in den fünf Kriegsjahren zu Tode gesiegt und werden eines Tages erkennen müssen, daß sie aufeinander angewiesen sind. (Zustimmung.)

Die Koalitionspolitik also war sachlich notwendig wegen des Ausfalls der Wahlen zur Nationalversammlung. Koalitionspolitik aber ist keine Wahlparole. Auch jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf selbständig führen, denn

die drei Koalitionsparteien bedeuten drei Weltanschauungen.

Wir wollen den Kampf auch nach links anständig führen, anständig auch gegen die Koalitionsparteien, denn wir wollen niemals vergessen, daß wir mit diesen beiden Parteien ein Stück Weges deutscher Geschichte gegangen sind. Bringen uns die Wahlen keine Mehrheit, so werden wir Koalitionspolitik treiben. Nach dem Kapp-Putsch wurde eine Arbeiterregierung verlangt. Sie war auf demokratischer Grundlage nicht möglich, und daher haben wir Sozialdemokraten uns gegen sie ausgesprochen. Eine Arbeiterregierung in Deutschland wäre nur möglich gewesen unter Duldung der bürgerlichen Parteien als Geschäftsregierung bis zu den Wahlen. Ich glaube nicht, daß die bürgerlichen Parteien sich darauf eingelassen hätten. Zweitens: sie wäre nur möglich gewesen unter Mitwirkung der Arbeitervertreter des Zentrums. Man würde die Partei Windhorsts unterschätzen, wollte man annehmen, daß sie ihre Arbeitervertreter als Statisten in eine sozialistische Regierung hineingeschickt hätte. (Zustimmung.) Drittens war möglich, und das habe ich vorgeschlagen: die Unabhängigen in die Koalitionsregierung aufzunehmen. Das hätte im Ausland einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, denn dann hätten wir in Deutschland einen republikanischen Block gehabt, der unser Vertrauen im Ausland erhöht hätte. Aber die Unabhängigen haben das glatt abgewiesen. (Hört, hört!) Sie wollten nicht, daß dieser republikanische Block zustande kam. Sie wollen immer noch nach Moskau, dessen Tore ihnen noch heute verschlossen sind, weil sie in ihrer Partei noch Demokraten haben.

Wir sind nun einmal auf das Ausland angewiesen.

Unsere ganze Erzeugung ist zugrunde gerichtet, denn alles war 5 Jahre lang auf den Massenmord eingestellt. Unser Gold ist buchstäblich verpulvert worden und die Folge ist, daß Millionen Deutsche, und zwar nicht nur Arbeiter, sondern auch Handwerker heute kein ganzes Hemd auf dem Leibe haben. Daran sind wir nicht schuld, sondern daran sind die Ludendorff und Helfferich schuld, die uns Regierungsmitglieder Dilettanten heißen, weil wir es nicht fertig bekommen, mit der Schöpferkraft Gottes aus dem Nichts, das sie uns zurückgelassen haben, etwas aufzubauen. Eine Arbeiterregierung in Deutschland wäre überhaupt nur möglich, wenn die deutsche Arbeiterschaft einig wäre und bei den kommenden Wahlen die Mehrheit erringt. Ob das möglich ist, bezweifle ich, denn wir erleben jeden Tag in der deutschen Arbeiterbewegung neue Spaltungen. Bei einem Vergleich zwischen den deutschen Einrichtungen und denen in anderen Ländern können wir freudig feststellen, daß

wir eine so demokratische Verfassung haben wie kein Land der Welt,

also die Möglichkeit, unsere Weltanschauung ohne Gewalt restlos auf friedlichem Wege durchzusetzen, wenn wir die Mehrheit haben. Wir brauchen Gewalt nur anzuwenden, wenn von rechts verfassungswidrige Gewalt gegen uns angewendet wird. Wenn wir nun aber auch eine so demokratische Verfassung haben, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir nun auch in kurzer Zeit den Sozialismus durchführen können. Dazu sind unsere Produktionsmittel zu sehr heruntergewirtschaftet, dazu fehlt uns das Notwendigste, um uns auch nur in bescheidenem Umfange auf dem Weltmarkt wieder durchsetzen zu können. Wir haben unsere Handelsflotte fast restlos abgeben müssen, aber nicht, weil Erzberger sie dem Feind angeboten hat, sondern weil Helfferich für den unbeschränkten U-Bootkrieg eingetreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) **Wäre 1917 nicht der unbeschränkte U-Bootkrieg beschlossen worden, so wäre damals, als für Deutschland wie ein Wunder die russische Revolution kam, ein erträgliches Kriegsende möglich gewesen. Zwar nicht ein Sieg, wie ihn viele erträumt haben, wohl aber ein Friede, der uns politisch und wirtschaftlich nicht so restlos zugrunde gerichtet hätte, wie der Friede von Versailles.** (Allseitige Zustimmung.) Heute, wo wir nun diesen Zustand haben, muß das Tempo der ökonomischen Entwicklung zum Sozialismus langsam sein.

Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, die Welt zu interpretieren, wir müssen die Welt verändern. Dazu gehört Idealismus. Die Kampftage haben uns gezeigt, wie viel Idealismus in der deutschen Arbeiterschaft noch steckt. Zu Pessimismus liegt keine Veranlassung vor. Keine Müdigkeit, keine Verdrossenheit, sondern auf zum Kampfe für Republik und Demokratie, für den Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Die Wohnungsbaufrage in der Volkskammer.

In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Sächsische Volkskammer Stellung zu einer Anfrage und zwei Anträgen, deren Veranlassung die

Wohnungsnot

ist. Es handelte sich um die Anfrage des Abg. Arzt und Genossen über die Hebung der Wohnungsnot, den Antrag Dr. Eckardt (dtschnat.) und Genossen über die praktische und wissenschaftliche Prüfung der Sparbauweise, besonders des Lehmbaues und den Antrag des Abg. Blüher (Dtsch. Volksp.) und Genossen über die Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Abg. Dr. Eckardt (dtschnat.): **Es kommt vor allen Dingen darauf an, Kosten zu sparen. Es fehlen und ungefähr 350 000 Wohnungen. Redner weist auf die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung hin, befürwortet warm die Lehmbauweise und beantragt, seinen Antrag dem Haushaltausschuß A zu überweisen.** Abg. Blüher (Dtsch. Volksp.) **unterstützt den Antrag Eckardt, tritt lebhaft für den Flachbau von vier bis sechs Wohnungen ein und stellt fest, daß wir auch über das Einfamilienhaus hinaus sind. Die Reichszuschüsse genügen nach seiner Auffassung nicht.**

Ministerialdirektor Dr. Schmitt:

Die Regierung beschäftigt sich seit langer Zeit eingehend mit der Frage. Die ganze Wohnungsnot ist durch die Zunahme der Haushaltungen entstanden, die auf 1 243 000 in Sachsen gestiegen sind. Die Eheschließungen haben erheblich zugenommen. Im Jahre 1916 gab es in Dresden z. B. 3022, 1919 aber 6376 Eheschließungen. Augenblicklich ist der Mindestwohnungsbedarf 10 000 Wohnungen, schlecht gerechnet. Es wird sehr schwer sein, aus der Zwangseinquartierung noch Wohnungen herauszuholen. Nur durch Neubauten kann geholfen werden. Aber die Kosten sind außerordentlich gestiegen. Heute betragen die Erstehungskosten für eine Dreizimmerwohnung mindestens 60 000 Mk., durchschnittlich 80 000 Mk. Daher sind Zuschüsse unvermeidlich. Die heutigen Zuschüsse sind zweifellos ungenügend. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird von der Nationalversammlung nicht mehr erledigt werden können. Daher wird man sich in Sachsen damit helfen müssen, eine Mietersteuer einzurichten, da sonst Neubauten unmöglich sind. Er wendet sich weiter gegen den Geschoß- und tritt für den Flachbau ein, und verspricht eine Förderung der Lehmbauweise.

Abg. Berndt (Dem.):

Ich lege vor allem Wert darauf, daß schnelle Arbeit geleistet wird. Es müssen Untersuchungen über die Lehmbauweise angestellt werden. Lehmbau kann nützlich sein, aber für den Wohnungsbau kommt er doch wenig in Frage. Wenn es nur irgend geht, kehrt man doch wieder zum Ziegelbau zurück. Die Kostenersparnis ist nur 3 bis 4 Prozent, die Hauptsache wäre immer die Kohlenersparnis. Aber wenn die Bergarbeiter nur eine Woche hindurch eine Ueberstunde leisten, dann fördern sie so viel Kohlen, daß davon 4000 Wohnungen gebaut werden können. Wir stehen vor einer Katastrophe. Darum muß gehandelt werden. Die heutigen Zuschüsse können zum Bauen nicht ausreichen. Außerdem sind die bewohnten Wohnungen so reparaturbedürftig, daß sie verfallen, wenn nicht bald Reparaturen vorgenommen werden. Wir dürfen keine Armeleutewohnungen herstellen, sonst schwindet das Vertrauen zu den Behörden vollständig. Die Mieter haben sich bereiterklärt, mit beizusteuern zum Wohnungsbau und zu den Reparaturen, aber sie verlangen ein Kontrollrecht. Es brauchen durchaus nicht Mieterräte zu sein. Ein Kontrollrecht kann man auch auf andere Weise ausüben. Das Landeswohnungsamt hat allen Anlaß, die Preistreiberei auf dem Baumaterialienmarkte unter die Lupe zu nehmen. Er tritt ebenfalls für den Flachbau von 3 bis 4 Wohnungen ein.

Nach weiteren Bemerkungen werden die beiden Anträge einstimmig dem Haushaltausschuß A überwiesen. Nächste Sitzung: Dienstag, 11. Mai.

SLUB Wir führen Wissen.